

«Es braucht neue Formen der Solidarität»

Als Präsident der Stiftung Sanitas Krankenkasse untersucht Felix Gutzwiller die Folgen der Digitalisierung

Felix Gutzwiller, am 3. September findet zum dritten Mal der nationale Digitaltag statt. Braucht es das noch? Irgendwie hat man das Gefühl, die Leute haben genug vom ständigen Gerede über die Digitalisierung.

Der Digitaltag erfüllt derzeit eine wichtige Aufgabe. Die Fülle von Veranstaltungen in der ganzen Schweiz trägt dazu bei, die Bevölkerung auch für die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung zu sensibilisieren. Deshalb macht die Stiftung Sanitas, die ich präsi- diere, bei diesem Anlass mit. Über diesen Tag hinaus nehmen wir seit zwei Jahren mit Studien, Umfragen und Analysen die längerfristigen Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft und vor allem die Solidarität unter die Lupe.

Wieso befasst sich die Stiftung einer Krankenkasse mit dieser Problematik? Die ganze Versicherungsbranche befindet sich aufgrund der Digitalisierung in einer fundamentalen Umwälzung. So

«Über den einzelnen Versicherten wissen wir relativ wenig. Mit der Digitalisierung ändert sich dies grundlegend.»

stellt sich zum Beispiel die Frage, welche Rolle die Solidarität noch spielt, wenn man aufgrund von erfassten Daten immer mehr über den einzelnen Menschen weiss. Über die Auswirkungen solcher Prozesse weiss man bis anhin viel zu wenig. Wir wollen mit unseren Aktivitäten mithelfen, diese Wissenslücken zu schliessen.

Jetzt haben aber gerade Versicherungen ein grosses Interesse daran, mehr über den Einzelnen zu erfahren. So gibt es eine App, über die ein Versicherter mitteilt, ob er gesund lebt und Sport treibt. Unterlaufen nicht gerade solche Angebote die Solidarität?

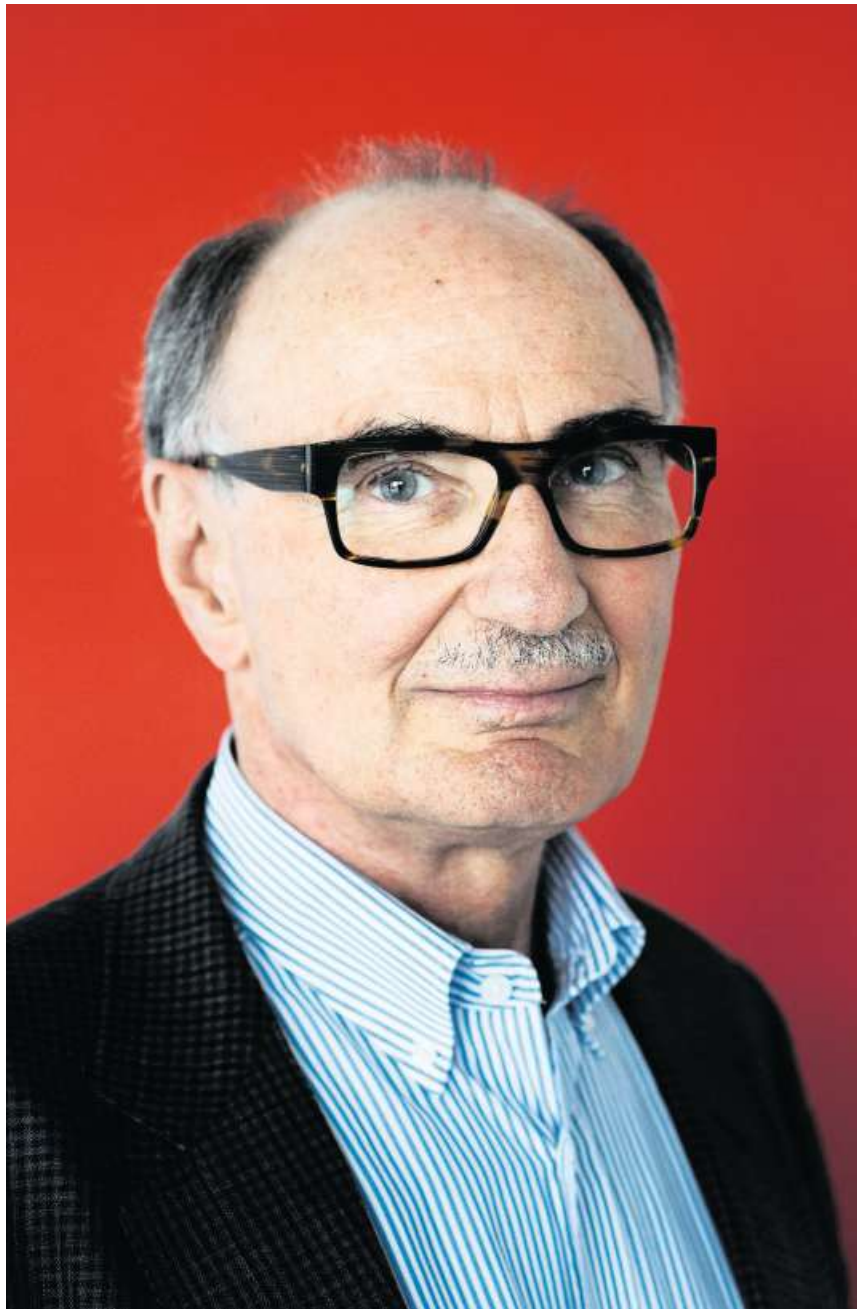
Genau um solche Fragen geht es. Wir lebten bisher in einer grobkörnigen Welt, wie die Fachleute sagen. Wir wissen relativ wenig über den einzelnen Versicherten. Mit der Digitalisierung ändert sich dies nun grundlegend, die Gesellschaft wird granular. Dies bringt Herausforderungen, im positiven wie im negativen Sinn. In China wird derzeit jedes Individuum über Daten erfasst, charakterisiert und schliesslich bewertet. Das ist eine Horrorvision, die wir nicht wollen. Auf der ganzen Welt sammeln Unternehmen Daten, ohne den Leuten, denen die Daten eigentlich gehören, Rechenschaft darüber abzulegen, was mit den gesammelten Informationen geschieht und mit welchen Algorithmen sie ausgewertet werden.

Und was sind die positiven Seiten?

Wenn man mit der Digitalisierung richtig umgeht, kann sie für die Kunden einen Mehrwert bringen. Das kann von der Kostenkontrolle bis zur Entwicklung von neuen, verbesserten Produkten gehen. Heute steckt hinter vielen Angeboten noch zu viel unternehmerischer Eigennutz. Zudem sind sie oft kurzfristig ausgerichtet und zu wenig transparent.

Aus dem Mund eines FDP-Politikers klingt das nicht sehr schmeichelhaft für die Wirtschaft.

Das Bewusstsein in den Unternehmen wächst. Wir führen in unserer Stiftung einen Stakeholder-Dialog darüber, was eigentlich die digitale Verantwortung eines Unternehmens ist. Daran sind andere grosse Firmen aus der Versicherungsbranche, aber auch Konsumentenorganisationen sowie Datenschützer



Felix Gutzwiller will die Privatsphäre des Individuums stärken.

JOËL HUNN / NZF

beteiligt. Wir sind daran, Grundsätze zu formulieren, die im Sinne einer unternehmerischen Selbstverantwortung in der Privat- und Sozialversicherungsbranche gelten können. Ich bin überzeugt, dass viele Firmen in naher Zukunft einen Verantwortlichen auf Ebene der Geschäftsleitung installieren werden, der sich um die «digitale Verantwortung» kümmert.

Welche Rolle spielt die Politik bei diesem Prozess?

Wir haben vor einem Jahr alle Parteiprogramme analysiert. Auf bürgerlicher Seite herrscht eher Euphorie mit hohen Erwartungen, bei der Linken dominiert Skepsis. Doch wirklich in die Tiefe, was die Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Solidarität sind, gehen die politischen Akteure bis jetzt nicht. Darüber, wie die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft aussehen sollen, die sich immer mehr entsolidarisiert, findet sich überhaupt nichts. Aus unserer Sicht braucht es neue glaubwürdige Solidaritätsnarrative, die den Zusammenhalt in dieser granularen Gesellschaft wieder stärken. Wir haben hierzu ein erstes Thesenpapier erstellt.

Ihre Stiftung hat in Zusammenarbeit mit Sotomo zweimal eine Umfrage durchgeführt, welche die Befindlichkeit in der Bevölkerung auslöst.

Wir haben aufgrund der Ergebnisse festgestellt, dass die Unsicherheit gross ist. Dies zeigt sich nicht nur bei den Älteren, den Nicht-Digital-Natives. Auch Jüngere kommen durch permanente Bewertung, durch die ständige Präsenz in den sozialen Netzwerken unter Druck. So etwas bleibt nicht ohne Folgen und muss in seiner Wirkung analysiert werden. Es ist ja interessant zu beobachten, dass gewisse Giganten wie Instagram die Euphorie mit Likes und Punkten zu hinterfragen beginnen und solche Bewertungen

utopische Idee ist My Solidarity. Analog zu My Climate im Umweltbereich würden sich die Leute bereit erklären, einen gewissen Teil ihrer Prämie für gemeinschaftliche Zwecke zu zahlen. Ob das sozialromantisches Wunschdenken ist, wird sich zeigen. Es braucht ein neues Verständnis dafür, was der Sozialstaat noch leisten soll.

Die Digitalisierung lässt Gewinner und Verlierer zurück. Wie kann man verhindern, dass die Gräben zu tief werden? Dieses Risiko ist nicht zu unterschätzen. Dieses Risiko ist nicht zu unterschätzen. Die Digitalisierung darf nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Langfristig braucht es regulatorische, sprich: politische Leitlinien. Es wird digitale Verweigerer geben. Serien wie «Black Mirror» greifen solche Haltungen jetzt schon auf und projizieren sie in die Zukunft. Leute, die sich total verweigern, werden zu einer Herausforderung für unsere Sozialsysteme werden. Wir müssen adäquate analoge oder andere Formen finden, damit solche Personen nicht

«Chatbots geben bei bestimmten Krankheiten und Suchtverhalten Tipps und Anweisungen.»

durch alle Raster fallen. Es wird Leute geben, die sich unter Druck fühlen und nur deshalb Daten liefern. Dieses Diskriminierungspotenzial ist durchaus vorhanden. Solche Benachteiligungen muss die Politik verhindern. Freiheit, Verantwortung und Solidarität müssen neu definiert werden in der digitalen Gesellschaft. Es ist gerade Aufgabe der Liberalen, sich dafür einzusetzen und nach Lösungen zu suchen, die die Autonomie und die Privatsphäre des einzelnen Individuums auch in Zukunft gewahren oder sogar stärken.

Gemäss den Umfragen gehen die meisten Befragten auch davon aus, dass mit der Digitalisierung die Eigenverantwortung schwindet. Dies muss Ihnen als Liberaler zu denken geben.

Eine gewisse Logik steckt allerdings dahinter. Diese Leute sagen sich, je mehr man über mich weiss, umso weniger muss ich mich engagieren und umso mehr kann ich mich von vorgegebenen Normen leiten lassen. Im eigenen Umfeld nehme ich diese Denkweise eher weniger wahr. Wenn es den Unternehmen gelingt, den Kunden ganz klar aufzuzeigen, wo die Vorteile der Digitalisierung für jeden Einzelnen liegen, dann kann man diese Tendenz brechen. Die Digitalisierung muss zu einem Instrument der Selbstermächtigung werden.

Interview: Erich Aschwanden

Alt-Ständerat auf digitalen Pfaden

Der Präventivmediziner Felix Gutzwiller prägte während 16 Jahren die schweizerische Politik mit. Von 1999 bis 2007 vertrat der heute 71-Jährige den Kanton Zürich im Nationalrat. 2007 wurde der FDP-Politiker in den Ständerat gewählt, aus dem er 2015 ausschied. Nach 25 Jahren als Direktor des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin wurde er als Professor der Universität Zürich emeritiert. Gutzwiller ist Präsident der Stiftung Sanitas-Krankenversicherung. Die Stiftung gibt Studien in Auftrag und bietet Experten und Think-Tanks eine Plattform für Diskussionsbeiträge. Sie befasst sich schweremässig mit dem Thema, welchen Einfluss die Digitalisierung auf die Solidarität hat.

Kampfjetkauf soll kompensiert werden

CVP-Sicherheitspolitiker lassen ihre Bundesrätin im Stich

Die Sicherheitskommission des Ständerates will, dass die Schweiz neue Kampfflugzeuge für 6 Milliarden Franken kauft. Bei den Kompensationsgeschäften lassen sich die Parlamentarier allerdings von Regional- und Industrieinteressen beeinflussen: Sie wollen, dass die Ausgaben für die Beschaffung vollumfänglich in der Schweiz kompensiert werden. Entsprechend haben sie den Anteil der sogenannten Offset-Geschäfte auf 100 Prozent erhöht. Damit stellt sich eine Mehrheit von 8 zu 3 Ständeräten gegen den Bundesrat – und vor allem gegen Verteidigungsministerin Viola Amherd (cvp.).

Amherd hatte entschieden, den Anteil der Offsets auf 60 Prozent zu senken – mit der Begründung, dass Kompensationsgeschäfte die Beschaffung verteuern würden und dass mit Rüstungsgeschäften keine Industriepolitik betrieben werden sollte.

Josef Dittli, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, erklärte den Entscheid am Montag an einer Pressekonferenz: Entscheidend sei ein Brief der Westschweizer Regierungskonferenz gewesen. Darin wiesen die Kantone darauf hin, wie wichtig es sei, dass auch Offset-Aufträge in der Romandie und im Tessin vergeben würden. Die regionale Verteilung ist der Kommission so wichtig, dass sie gar einen Verteilschlüssel in der Vorlage verankern will. Demnach sollen 65 Prozent der Geschäfte in der Deutschschweiz kompensiert werden, 30 Prozent in der Westschweiz und 5 Prozent im Tessin.

Während es bei den Offsets also eine «Kantonsrebellion» gab, hat sich die ständerätliche Kommission beim Rest der Vorlage hinter den Bundesrat gestellt. Eine klare Mehrheit nahm die Vorlage an. Ein Minderheitsantrag fordert den Ständerat dazu, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen – damit die bodengestützte Luftverteidigung in den Planungsbeschluss integriert werden kann. Dies hatte der Bundesrat ursprünglich vorgesehen, auf Antrag von Amherd wich er aber davon ab.

Alice Weidel wohnt in Einsiedeln

Die AfD-Politikerin war in Biel unerwünscht

Alice Weidel verbringt offenbar wieder einen Teil ihres Privatlebens in der Schweiz. Dies meldet die Zeitung «Blick» in ihrer Montagsausgabe. Seit Ende des vergangenen Jahres lebt die Fraktionsvorsitzende der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Einsiedeln im Kanton Schwyz, wie der Einsiedler Bezirksammann Franz Pirker dem Boulevardblatt bestätigte. Nach Angaben der Zeitung hat sie eine Vier-einhalb-Zimmer-Attikawohnung mit Blick auf den Sihlsee bezogen.

Einsiedeln ist bereits der zweite Ort in der Schweiz, an dem die AfD-Politikerin wohnt. Von Anfang 2017 bis Herbst 2018 lebte sie mit ihrer Lebenspartnerin in der Stadt Biel im Kanton Bern. In der als links geltenden Stadt führte dies zu Diskussionen und zum Wegzug von Weidel. Der Kanton Schwyz gehört zu den konservativsten Gegenden der Schweiz, die SVP ist hier die politisch stärkste Kraft. Weidel dürfte in Einsiedeln mit ihrer politischen Einstellung auf weniger Widerstand in der Bevölkerung stossen.

Mehr zu reden geben dürfte in der katholisch geprägten Gegend, dass die ehemalige AfD-Spitzenkandidatin in einer lesbischen Beziehung lebt. Bei ihrer Partnerin handelt es sich gemäss Medienberichten um eine Schweizer Film- und Fernsehproduzentin, die aus Sri Lanka stammt. Das Paar zieht zwei Söhne gross.